

Wahlprüfstein-Antwort von Dieter Koch

Heidelberger Wahlkreiskandidat der ÖDP

auf die Fragen des Heidelberger Bündnisses für gerechten Welthandel

Am 14. März 2021 findet die Landtagswahl in Baden-Württemberg statt. Die Wahl hat nicht nur Auswirkungen auf die Landespolitik; denn mit einer Änderung der Regierungskoalitionen ändern sich auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat.

Frage 1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Die ÖDP wird sich in Zukunft weiter für eine gerechten Welthandel einsetzen.

Durch meine lange Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit bin ich mit den vielen kleinen Maßnahmen vertraut, mit denen internationale Organisationen (IWF; WHO et altes) Freihandel um jeden Preis durchsetzen wollen. Vor allem, aber nicht nur, im Agrarsektor sind diese Interventionen extrem schädlich für die sozio-ökonomische Entwicklung im ländlichen Raum. Ein Staat sollte das Recht haben die internationale Vermarktung von Agrarrohstoffen zu koordinieren und reglementieren, wie es z.B. bei Kakao in Ghana der Fall ist. Nur so können Kleinbauern überleben und die Übermacht der Einkäufer in Schranken gehalten werden. Das gleiche gilt auch bei anderen Produkten wie Baumwolle, Erdnüsse oder Cashew. Auch Importzölle zum Schutz einer sich aufbauenden eigenen Industrie müssen erlaubt sein.

In Deutschland können wir die Folgen des Verbots gerade bei kleinen Waldbesitzern sehen, deren Produkt (in Baden-Württemberg) nicht mehr von den staatlichen Forstämtern vermarktet werden darf. Im Rahmen der derzeitigen Waldkrise finden kleine private Lots keine Abnehmer mehr oder nur zu lächerlichen Preisen. Holz von Großanbietern wird nach China verschifft (um dann als Möbel und Pressspanplatten wieder re-importiert zu werden).

Die Konzentration der Marktmacht bei den Einkäufern (80% des europäischen Marktes über eine Firma bei Rohschokolade) kann nur durch staatliche Strukturen pariert werden. Wir sollten den Entwicklungsländern beim Aufbau starker genossenschaftlicher Strukturen helfen, da diese weniger anfällig sind als staatliche Strukturen.

Frage 2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen? Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

Die ÖDP steht voll hinter dem Pariser Klimaschutzabkommen.

Nach meinem persönlichen Dafürhalten wären z.B. die CO₂ Importzölle an der Grenze der europäischen Union längst überfällig. Solche Zölle hätten z.B. vor 20 Jahren den Niedergang der europäischen Solarindustrie verhindert, die bei den subventionierten (Kohle-)Strompreise der

chinesischen Industrie nicht mithalten konnten. Der Aufbau einer CO² freien Industrieproduktion in Europa braucht solche Zollbarrieren, um nicht einfach die Produktion von klimaschädlichen Gasen ins Ausland zu verlagern.

Ein solches Vorgehen sollte für alle klimaschädlichen Produktionen eingeführt werden. Also auch solche, die die Biodiversität, Meere oder Böden schädigt.

Am Beispiel der Schweizer Agrarzölle kann man sehen, wie so etwas funktionieren kann. Die Zölle sind an die Wachstumsperioden einzelner Obst- und Gemüsearten in der Schweiz gekoppelt.

Frage 3. Wird Ihre Partei im kommenden Landtagswahlkampf zu CETA Stellung nehmen?

Die Position der ÖDP ist eindeutig.

Persönlich werde ich auf Wahlkampfveranstaltungen mit Sicherheit auch CETA thematisieren.

Frage 4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei – bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Es ist eindeutig die Parteilinie CETA auf keinen Fall in der jetzigen Form zuzustimmen.

Im Falle einer Regierungsbeteiligung könnten wir, als Zünglein an der Waage, die auch schon mehrheitlich ablehnende Haltung der Grünen verstärken und eventuell der ausschlaggebende Akteur sein. Wohl keine andere Partei lehnt CETA so entschieden ab, wie die ÖDP.